

Schweiz, wie zukunftsfähig bist du?

Die direkte Demokratie stösst im Ausland auf Bewunderung.

Doch im Innern erodiert das Engagement der Bürger

Paul Widmer

Das Ansehen unserer direkten Demokratie ist im Ausland derzeit besonders hoch. Aber ihr innerer Zustand entspricht nicht diesem erfreulichen Befund. Ob unsere Art von Demokratie eine grosse Zukunft hat, ist alles andere als gewiss.

Die Schweiz wird heute wegen ihrer hohen Bürgerbeteiligung als Alternative zur repräsentativen Demokratie gehandelt. Insbesondere innerhalb der EU verweisen Bürger, denen es nicht reicht, nur alle vier Jahre die Abgeordneten wählen zu dürfen, auf das Schweizer Modell. Sie möchten auch in Sachfragen mitentscheiden können.

Die direkte Demokratie findet quer durch alle politischen Lager, von links aussen bis rechts aussen, Anhänger. Yanis Varoufakis, einst das *Enfant terrible* unter den europäischen Finanzministern, Jacques Attali, Mitterrands ehemaliger umtriebiger Einflüsterer, oder Winfried Kretschmann, der solide grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, gewinnen ihr viel ab. Auf der rechten Seite verspricht Bundeskanzler Sebastian Kurz den Österreichern mehr Demokratie nach Schweizer Vorbild. Das fordern auch die Gelbwesten in Frankreich und die Alternative für Deutschland.

Vorbei die Zeiten, da die Volkparteien, die Konservativen, die Liberalen und die Sozialdemokraten, mit ihrem Misstrauen den Ton in Europa angaben. Die Gesetzesvorlagen seien, hiess es in diesen Kreisen, viel zu komplex für das einfache Volk. Eine direkte Mitentscheidung der Bürger in Sachfragen ende im Chaos. Doch genau diese Parteien haben jüngst an der Wahlurne massiv verloren. Dass sie das Verlangen der Bürger nach mehr politischen Rechten verkannten, dürfte dazu beigetragen haben.

Das neue Interesse an der Schweizer Demokratie ist erstaunlich. Denn im Laufe der Geschichte stiess unser Modell meistens auf Ablehnung. Die Monarchisten wollten davon eh nichts wissen, viele Republikaner aber auch nicht. Werfen wir zur Illustration einen Blick auf das 19. Jahrhundert.

Der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel kannte die Schweiz recht gut. Er hatte immerhin drei Jahre als Hauslehrer in Bern verbracht. Von direktdemo-

kratischen Rechten hielt er allerdings gar nichts. Die Volkssouveränität gehöre, meint er in seiner Rechtsphilosophie, „zu den verworrenen Gedanken, denen die wüste Vorstellung des Volkes zugrunde liegt. Das Volk ohne seinen Monarchen ... ist die formlose Masse, die kein Staat mehr ist...“.

Hegel fand im Bildungsbürgertum grossen Anklang. Weitherum empfand man die Demokratie im Vergleich zur konstitutionellen Monarchie als etwas Überholtes. In der Tat konnte man im Zeitalter von Nationalismus und Imperialismus mit den vier Säulen des Schweizer Staatswesens – Demokratie, Föderalismus, Neutralität, Mehrsprachigkeit – keine forsche Weltpolitik betreiben. Statt die Staatsmacht zu stärken, schwächte man sie mit dem helvetischen Rezept.

Selbst die Liberalen fanden, die Schwächen der Republik stünden den Schattenseiten der Monarchie in nichts nach. Den Kommunisten und Linken sagte die Schweiz – ein ländliches Gebiet ohne Metropole, Schwerindustrie und proletarische Massen – ohnehin nicht zu. Mit dem Schweizer Staat lasse sich kein Staat machen, das war die vorherrschende Meinung an der Schwelle zum 20. Jahrhundert.

Heute ist das anders. Dennoch besteht kein Anlass zum Jubeln. Warum? Weil unsere Demokratie im Innern schwächelt. Unser Staat beruht auf dem Milizwesen, das heisst: die Bürger erledigen öffentliche Aufgaben grossenteils selber und nebenamtlich. Das ist anspruchsvoll. Es genügt eben gerade nicht, sich nur an Abstimmungen und Wahlen zu beteiligen. Doch die Bereitschaft der Bürger, selber Verantwortung für ihr Staatswesen zu übernehmen, lässt nach. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft veröffentlicht regelmässig Zahlen über die Freiwilligenarbeit. Diese bestätigen, dass sich die Jüngeren zwar häufig für spontane Events begeistern, aber die längerfristige Übernahme von öffentlichen Ämtern und Aufgaben scheuen.

Unsere Demokratie bietet viele Rechte, aber auferlegt auch viele Pflichten. Gelingt es nicht, ein ausgewogenes Verhältnis zu wahren, droht unsere Demokratie tatsächlich in jenes Chaos der Beliebigkeit abzugleiten, das die Gegner der direkten Demokratie schon immer befürchteten.

Die Bürger können dann nach Lust und Laune Referenden ergreifen und Initiativen lancieren. Sie können an einem Tag dieses und am nächsten jenes fordern. Was soll's – der Staat wird es schon richten. Wo der Wille zur Eigenverantwortung schwindet, ist die Neigung gross, immer mehr zu fordern – freilich nicht von sich selbst, sondern vom Staat, von der Kinderbetreuung über die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens bis zum Fahrradverleih in Städten.

Die Demokratie lebt bekanntlich von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Das ist das Wagnis, das der Staat um der Freiheit willen eingegangen ist. Wollte der Staat die Zustimmung von den Bürgern erzwingen, würde er gerade das zerstören, was er gewähren will, nämlich die Freiheit. Ernst-Wolfgang Böckenfördes Diktum gilt auch für die Schweiz. Doch was sind diese Voraussetzungen? Darüber spricht man eher selten.

Es geht um eine spezifische politische Kultur der Schweiz. Ist diese nicht vorhanden, kann die direkte Demokratie nicht gedeihen. Das erklärt auch, weshalb man unsere Art von Demokratie nicht unbeschadet exportieren kann. An sich kann jeder unsere Verfassung abschreiben. Aber das reicht nicht. Man muss sie auch leben, mit einem Geist beseelen. Und das ist das Schwierige. Fehlt der richtige Geist, bleibt die beste Verfassung nichts als ein Fetzen Papier.

Dazu ein Beispiel. Als Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre auseinanderfiel, sprach ich im Auftrag der OSZE mit einem Vertreter der sogenannten „Serbischen Republik Krajina“. Dieser Phantomstaat beanspruchte die Gebiete mit serbischer Mehrheit auf dem Boden der Republik Kroatien. Der Repräsentant schwärmte von den grosszügigen Rechten, die man der kroatischen Minderheit gewähren möchte. Er zeigte mir einen Verfassungsentwurf mit Dutzenden von Artikeln zum Minderheitenschutz. Da stellte ich ihm die Frage, ob er selber, wenn er einer Minderheit angehörte, unter dieser Verfassung leben möchte. Prompt kam die Antwort, das käme überhaupt nicht in Frage, schliesslich gehöre er als Serbe zur staatstragenden Nation.

Woraus also besteht die politische Kultur der Eidgenossenschaft? Meines Erachtens aus drei Elementen, die ich hier beschreiben will.

Erstens besteht sie aus einem wachen Bürgersinn, der die Sorge für das Gemeinwohl mit einem starken Willen zur Eigenverantwortung koppelt, also dem Milizwesen. Der Grundgedanke des Milizwesens ist einfach: Die Bürger sollen alles, was sie selber erledigen können, in die eigenen Hände nehmen. Dadurch

halten sie die Allmacht des Staates fern und erhöhen die eigene Freiheit. Mit anderen Worten: Das Milizwesen will mit Eigenleistungen den Staat entlasten, statt ihn mit Forderungen zu belasten.

Zweitens beruht die politische Kultur auf der Konkordanz. Die Schweiz ist eine Demokratie mit mehreren eingebauten Bremsen. Dadurch wird der Wille der Mehrheit gezügelt. Erstrebenswert ist nicht der Durchmarsch einer grossen Zahl, sondern der Einbezug möglichst vieler in die Staatsgeschäfte. Man sucht den Kompromiss, den Einschluss – nicht nur unter den Parteien, sondern bis weit in die gesellschaftlichen Verästelungen hinaus.

Drittens gehört zur politischen Kultur eine fast argwöhnische Machtbeschränkung. Nicht ein Einzelner, sondern mehrere Köpfe sollen gemeinsam beschliessen. Man kann durchaus von einer Räterepublik sprechen, allerdings nicht von einer kommunistischen, sondern einer eidgenössischen. Alle unsere Beschlussfassungsorgane sind Räte: vom Gemeinderat über den Kantonsrat, den National – und Ständerat bis zum Bundesrat. Ja, in unserer eingefleischten Abneigung gegen Machtkonzentrationen weigern wir uns sogar, ein Staatsoberhaupt einzusetzen. Lieber geben wir uns der Fiktion hin, jeder Bundesrat repräsentiere einen Siebtel davon.

Doch diese politische Kultur ist am Erodieren. Der Sinn für das Milizwesen und die Machtbeschränkung nehmen ab, der Wille zur Konkordanz ebenso. Das gefährdet die Zukunft unserer Demokratie. Deshalb die Frage: Was kann man dagegen tun? Dazu drei Vorschläge.

Erstens müssen die Bürger den Milizgedanken wieder stärker pflegen. Wer sich für unser Staatswesen engagiert, erwirbt Erfahrung und Verständnis für fremde Zusammenhänge. Das sind die besten Mittel gegen realitätsfremde Überheblichkeit und rücksichtslose Ansprüche. Wie schon beim Auseinanderklaffen der Schweiz am Vorabend des Ersten Weltkriegs benötigen wir wieder mehr gemeinsame Erfahrungen zwischen Stadt und Land, zwischen den einzelnen Landesteilen, den Generationen und den sozialen Schichten. Fördern wir also den Erfahrungsaustausch mit gezielten Massnahmen an den Schulen und Universitäten, im Militär und Zivildienst. Zweitens müssen wir den Föderalismus intensiver praktizieren. Eine direktdemokratische Schweiz ohne föderalistischen Aufbau kann es nicht geben. Damit möglichst viele Bürger an jenen Entscheiden, die sie selbst betreffen, mitwirken können, muss man diese auf möglichst tiefer Stufe fällen. Doch die Entwicklung geht in die entgegengesetzte Richtung. Der Zentralstaat zieht mit magnetischer Kraft die Geschäfte an sich, einerseits weil die Bürger aus Bequemlichkeit ihm immer mehr Aufgaben zuschieben, anderer-

seits weil er nur allzu gern seine Tentakel nach allen Richtungen ausstreckt. Aber eines ist sicher: Wo der Bürger abdankt, macht sich der Bürokrat breit – und um ein Stück Freiheit ist es geschehen.

Drittens müssen sich die Bürger wieder mehr um den gesellschaftlichen Zusammenhalt kümmern. Dieser war in der Schweiz traditionell stark. Nicht umsonst nennen wir uns offiziell „Eidgenossenschaft“ – ja, Genossenschaft. Der Zusammenhalt wurde in den letzten Jahren mit irrwitzigen Entgelten auf den Teppichetagen börsenkotierter Unternehmen – und zuweilen auch des Bundes - arg strapaziert. Das verursacht weitherum Unmut, und der gesellschaftliche Kitt beginnt zu bröckeln. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn der soziale Frieden ist die Grundlage unserer politischen Stabilität.

Mein Fazit zur Zukunftsfähigkeit der Schweiz lautet somit: Gelingt es, unsere politische Kultur aus der Gesellschaft heraus zu revitalisieren, mit jenem Geist zu erfüllen, den der Staat nicht erzwingen kann, dann steht der direkten Demokratie eine gute Zukunft bevor. wenn nicht – na, da erspare ich mir eine ausformulierte Antwort.

Paul Widmer ist Diplomat, freier Publizist und Autor u.a. von „Die Schweiz als Sonderfall“ und „Diplomatie. Ein Handbuch“ (beide NZZ Libro).